

Nr. **XIX. GP-NR**
1416 /J
1995 -06- 2 2

ANFRAGE

der Abg. Dr. Brauner, DI Schögl, Dr. Grollitsch und Rossmann
an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst
betreffend das Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen und das
Forschungsinstitut für Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften

Im Bereich der Forschung des Genossenschaftswesens gibt es in Österreich zwei Institute, die sich mit diesem Themenbereich beschäftigen; das Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen der Universität Wien, das sich mit volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen, soziologischen, juristischen und steuerrechtlichen Fragen auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens beschäftigt und das Forschungsinstitut für Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften der Wirtschaftsuniversität, das auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft des Genossenschaftswesens des In- und Auslandes forscht, wissenschaftliches Personal heranbildet, Gutachten über fach einschlägige Fragen erstellt und Vorträge und Besichtigungen zu diesem Themenbereich organisiert. Das Forschungsprofil der eingerichteten Institute zeigt eine Doppelgleisigkeit der wissenschaftlichen Ausrichtung, sodaß die im Sinne der Sparsamkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel geforderte Konzentration von Personen und Sachmitteln nicht gegeben ist. Dazu kommt der Umstand, daß der Akademische senat der Universität Wien die Schließung des Wiener Instituts beschlossen und dies am 13.12. 1994 beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung BMWF (GZ: 195/1982/83) beantragt hat.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende

Anfrage

1. Wie hoch sind die Budgetmittel, die für diese Institute aufgewendet werden ?
2. Wie sieht das Verhältnis zwischen den Personalkosten und Gesamtforschungsetat aus ?
3. Welche Projekte wurden in den letzten Jahren in diesen Instituten bearbeitet ?
4. Wie hoch ist der Anteil der Auftragsforschung in diesen Instituten ?

5. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen werden Sie vor allem in Hinblick auf den erwähnten Auflösungsbeschluß setzen, um Doppelgleisigkeiten im Bereich der Genossenschaftsforschung zu vermeiden ?